

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/65

Bonn, den 3. April 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 KURT GEORG KIESINGER 41
Zum 65. Geburtstag des Bundeskanzlers

2 - 3 Ein Beitrag zur Festigung der Demokratie 61

Die Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

4 - 5 Bilanz eines "Staatsnotstandes" 65

Das offizielle Spanien schimpft auf "Schneehäuse aus dem Ausland"

ANHANG/SONDERAUSGABE:

1 - 4 Die Reform der Straftaten gegen den Gemeinschaftsfrieden 190

Erläuterungen zu den in Garmisch gefaßten Beschlüssen
des Sonderausschusses für die Strafrechtsreform
Von Dr. Adolf Müller-Emmert, MdB

* * *

Ein Beitrag zur Festigung der Demokratie

Die Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

sp - Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, das sich als "Zusammenschluß der im Laienapostolat der katholischen Kirche in Deutschland tätigen Kräfte" versteht, hat eine "Politische Erklärung" veröffentlicht. Wer erwartet hatte, daß sich das 1953 gegründete Gremium sechs Monate vor der nächsten Bundestagswahl in die Rolle eines Parteigängers drängen liesse und dadurch die Diskussion um die Frage der Repräsentanz des gesamten westdeutschen Katholizismus neu entfacht worden wäre, muß sich eines Besseren belehren lassen. Auch zwischen den Zeilen gibt es in der von der Vollversammlung in Bad Godesberg verabschiedeten Erklärung keine Hinweise, aus denen ein Einfluß auf das Wahlverhalten der Katholiken herausgelesen werden könnte. Die Erklärung beschränkt sich auf Aussagen über Grundsätzliches und vermeidet es strikt, parteipolitische Alltagsfragen zu erörtern.

Als Orientierungshilfe für den 28. September wird dem katholischen Wähler die Absage an radikale Parteien gegeben. In der Erklärung heißt es:

- * "Das deutsche Volk hat Gelegenheit, durch verantwortungsbewußte Wahlentscheidungen jedem Radikalismus von rechts und links eine klare Absage zu erteilen. Unter den gegenwärtigen Umständen haben auch diejenigen, die politisch wenig interessiert sind, nicht nur die moralische Pflicht, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, sondern sie sollten es auch in ihrem eigenen Interesse tun".

Die im Wahlkampf rivalisierenden demokratischen Parteien werden als Repräsentanten "unterschiedlicher Überzeugungen und Interessen der Bevölkerung" vorgestellt, die sie "auf dem Boden einer von allen respektierten freiheitlichen Ordnung zur Geltung" bringen. "Es wäre daher ein verhängnisvolles Mißverständnis, sie als Ausdruck von Uneinigkeit und Zerstrittenheit eines Volkes anzusehen", wird bemerkt. Die Parteien würden vielmehr die Möglichkeit bieten, sich aktiv an der Willensbildung zu beteiligen.

Um das deutlich ablesbare Prinzip, Grundsätzliches auszusagen, nicht zu verletzen, wird auch nur von notwendigen "Reformen

auf wichtigen Gebieten des gesellschaftlichen und politischen Lebens" gesprochen.

- * "Die tiefgreifenden Veränderungen der äußeren Lebensumstände sind
- * mit einem Wandel des menschlichen Selbstverständnisses verbunden,
- * das in neuen Formen seinen zutreffenden Ausdruck finden muß",
- * heißt es. Und weiter: "Das alles verbietet es uns, ohne Über-
- * legung nach den alten Mustern weiterzuleben und die öffentlichen
- * Angelegenheiten in den gewohnten Bahnen weiterlaufen zu lassen."

Schon in der ersten "Politischen Erklärung" des Zentralkomitees, die im November 1960 in Hildesheim erfolgte, wurde darauf Rücksicht genommen, daß die Unionsparteien nicht mehr als Sachverwalterin des politischen Willens der Katholiken angesehen werden konnten. Katholische Beobachter registrierten bereits diese Erklärung als "großangelegter Versuch, die unreflektierte und unbedingte Solidarität, ja Identität von christlicher Partei und katholischer Laienvertretung umzuwandeln in ein differenziertes Verhältnis, das die grundsätzliche Verschiedenheit von Partei und Kirche berücksichtigt" (Alois Schardt in "Bilanz des deutschen Katholizismus", S. 282). In einer weiteren Erklärung zur politischen Lage vier Jahre später wurde das sich entwickelnde neue Selbstverständnis des politischen Katholizismus, das sich durch zunehmende Distanz zu den Parteien abzeichnete, wiederum impliziert.

Die Erklärung von 1969 hat zeitgemäßen Zuschnitt. Der Umbruch innerhalb des Katholizismus ist nicht ausgeklammert. Es wird keine Partei ergriffen, die der Pluralität entgegensteht. Die 166 Zeilen der Erklärung sind eine Art Grundsatzreferat, die die wesentlichen Meinungs-Gruppen im Katholizismus bejahen können.

Noch ein Gesichtspunkt der Erklärung ist beachtlich: Die parteipolitische Neutralität ist zweifellos ein bemerkenswerter Beitrag zur Festigung der Demokratie.

+ + +

Bilanz eines "Staatsnotstandes"

Das offizielle Spanien schimpft auf "Schreihälse aus dem Ausland"

sp - Wenn zwei von drei Häftlingen des nach zwei Monaten aufgehobenen spanischen Ausnahmezustandes Nichtakademiker sind, dann stimmt so etwas nachdenklich. Am 24. Januar hatte das Madrider Kabinett den Staatsnotstand angesichts der Studentenunruhen erklärt, wenig später rechtfertigte auch Regierungsvizepräsident Admiral Luis Carrero-Blanco vor dem Ständeparlament die Maßnahme des Kabinetts mit den Vorgängen an Spaniens Universitäten. Am Vorabend des 30. Jahrestages des Bürgerkriegssieges der spanischen Rechten, als der Ausnahmezustand außer Kraft trat, offenbarte das spanische Innenministerium in seiner Bilanz, daß sich die polizeilichen Aktionen mehrheitlich gegen Arbeiterorganisationen und im Untergrund existierende politische Parteien der benachteiligten Schichten des spanischen Volkes richteten.

Am Ende des Ausnahmezustandes befanden sich 74 Studenten und 169 "Angehörige anderer Berufe" in Haft; vor Kriegsgerichte und das "Tribunal für Öffentliche Ordnung" gestellt werden sollen insgesamt 127 Studenten und 228 Nichtakademiker. Aufschlußreich heißt es in dem Bericht des Innenministerium zu den Verhaftungen im Raum von Bilbao:

- * "Die wichtigsten fortschrittlichen und marxistischen Führer wurden
- * festgenommen, die die in dieser Gegend stattgefundenen Arbeits-
- * Konflikte provozierten."

Das negative Auslandsecho hatte die Behörden kaum bewegt, den Ausnahmezustand vorzeitig aufzuheben. Mit Verachtung für die gesamte Umwelt schrieb das regierungstreue Blatt "Hoja del Lunes" von den "Schreihälsen," die "vom Ausland her die Stabilität Spaniens anbellern."

Was den spanischen Politikern offenbar ein Buch mit sieben Siegeln geblieben ist, entdeckten die Volkswirtschaftler schon lange. So stellte die "Banco de Vizcaya" jetzt fest, daß von 1967 bis 1968 der Anteil der Sechsergemeinschaft an den Investitionen in Spanien

von 25 auf 41 Prozent anstieg, obwohl französische Geldanlagen in der gleichen Zeit aus krisenbedingten Gründen von 13,6 Millionen Dollar auf 3,31 Millionen Dollar zurückgefallen waren. Die Bundesrepublik steht unter diesen EWG-Ländern mit 25,49 Millionen Dollar an erster Stelle und wird im Gesamtbild nur noch von den 29,5 Millionen Dollar aus der USA leicht übertroffen.

Der Ausnahmezustand wäre garnicht notwendig gewesen, wenn man den offiziellen Verhaftungsergebnis mit der Höchstzahl von 330 Personen glauben darf (oppositionelle Quellen schwanken in ihren Angaben zwischen 1.500 und 3.500 Festgenommenen). Die in Barcelona erscheinende sozialdemokratische Untergrund-Zeitung "L'Opinió Socialista" schreibt in ihrer März-Ausgabe 1969: "In der Tat, der von der Diktatur verhängte Ausnahmezustand geht auf eine Ursache zurück: die Angst, den politischen Mehrwert zu verlieren, den sie seit 30 Jahren genießt."

Auch diese Seite der Bilanz sollte gesehen werden, wenn von dem rasanten Tempo des industriellen Aufstiegs Spaniens die Rede ist. In diesen Wochen wird häufig in Spanien das Schlagwort "30 Jahre Frieden" auftauchen, eine Leistung, auf die alle Spanier stolz sein wollen. Das heißt aber auch, daß jene Menschen einzubeziehen sind, die unter die Räder des Ausnahmezustandes gerieten.

Wenn Spanien die kommenden 30 Jahre mehr von Vernunft und weniger von Leidenschaften und Ressentiments regiert wird, dann könnte der Anschluß an Europa gelingen. Mit Tiraden gegen die "Klaffer aus dem Ausland" verprellt man allerdings die gutwilligen Menschen und Regierungen, die Spanien den Weg nach Europa ebnen wollen. Man verprellt mit Willkürmaßnahmen, beispielsweise gegen Journalisten, auch jene, die für die iberische Halbinsel nicht nur Sympathie empfinden, sondern sie als untrennbaren Bestandteil Europas betrachten. Sollten die Pyrenäen auch weiterhin eine geistige Grenze Europas bleiben, dann wäre das für Spanien und für Portugal verhängnisvoll. Da sich über 200 Millionen Europäer ihnen politisch nicht anpassen wollen, werden sich Spanien und Portugal Europa angleichen müssen, früher oder später. Die Idylle aus dem Mittelalter von Führer und Gefolgschaft, von Edelmann Don Quijote und Schildknappe Sancho Panza ist längst gestorben. Spanien kann den Beginn seiner Zukunft nicht bis zur Unendlichkeit hinausschieben; ein demokratisches Spanien könnte für Europa eine wertvolle und wesentliche Stütze werden.